

LAND TAGS KURIER



Save the date!
**Tag der
offenen Tür**
3.10.2015



Seite 4:
Unterbringung von
Asylsuchenden
gemeinsam meistern



Seite 11:
Neu Eingebürgerte
im Landtag willkommen
geheißen



Seite 18:
1. Untersuchungs-
ausschuss zur NSU hat
Arbeit aufgenommen

Ausgabe
5.15



Sächsischer Landtag



Foto: S. Giersch

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

mit der letzten Sitzung am 9. Juli 2015 vor der parlamentarischen Sommerpause beendeten die Abgeordneten das erste Parlamentsjahr der 6. Wahlperiode. Sowohl die Aktuellen Debatten als auch die Regierungserklärung »Sachsen – Was in Zukunft wichtig ist!« unseres Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich nahmen Probleme und Themen auf, die die Sachsen und den Freistaat bewegen.

So unternehmen der Freistaat und seine Kommunen alle Anstrengungen, um die stetig wachsende Zahl von Asylsuchenden unterzubringen. Dazu müssen die Bürger mehr eingebunden werden als bisher, besonders durch rechtzeitige Information.

Anerkannte politisch Verfolgte aus aller Welt genießen politisches Asyl und haben ein Bleiberecht in Deutschland. Eine große Mehrheit in unserem Land steht zu diesem im Grundgesetz verankerten Asylrecht und erwartet gleichzeitig, dass die Anträge schnell bearbeitet und abgelehnte Asylbewerber zügig in ihre Heimatländer zurückgeführt werden.

Die offene demokratische Debatte und ein an den Menschenrechten orientiertes Wertesystem sind wichtig für die Bekämpfung von Hass und Fremdenfeindlichkeit. Vor allem aber muss der Staat seine Handlungsfähigkeit beweisen und die eigenen Gesetze durchsetzen, wenn er das Vertrauen und die Unterstützung seiner Bürger behalten will.

Auch die weiteren Aktuellen Debatten beschäftigten sich mit der Zukunft in diesem Land. Es ging um Arbeit und Familien, egal, ob über den Wissenschaftsstandort Sachsen oder über gute Löhne in der Kinder-, Alten- und Krankenpflege gesprochen wurde.

Ihre und unsere Zukunft, die Zukunft der Kinder und Enkel wird den Sächsischen Landtag auch weiterhin beschäftigen. Darauf müssen Sie sich verlassen können.

Dr. Matthias Röbler
Präsident des Sächsischen Landtags

PLENUM

16. Sitzung des Sächsischen Landtags Herausforderungen gemeinsam meistern Bürger bei der Unterbringung von Asylsuchenden und Flüchtlingen einbinden	4
--	---

Hintergrundinformationen zum Thema Asyl in Sachsen	6
---	---

16. Sitzung des Sächsischen Landtags Das muss drin sein! DIE LINKE fordert gute Löhne für soziale Arbeit	7
--	---

17. Sitzung des Sächsischen Landtags Freistaat als Wissenschaftsstandort weiterentwickeln Neues Nationales Leistungszentrum Fraunhofer in Sachsen bringt zusätzliche Motivation	8
--	---

17. Sitzung des Sächsischen Landtags Freiwill für Polit-Chaoten? AfD-Fraktion hinterfragt die Stellung des Abgeordneten im Rechtsstaat	10
---	----

AKTUELLES

Von Rom nach Chemnitz Traditionelles Einbürgerungsfest erteilt neuen Staatsbürgern das Wort	12
---	----

Plenarjahr beendet Landtagspräsident würdigte geleistete Arbeit	14
--	----

EIN TAG MIT ...

Wir haben unseren Job nicht gemacht! Ein Tag mit dem Sächsischen Ausländerbeauftragten Geert Mackenroth	16
---	----

PARLAMENT

»Die Ungeheuerlichkeit des Vorgangs rechtfertigt das umfangreiche Verfahren« Gespräch mit Lars Rohwer, Vorsitzender des 1. Untersuchungsausschusses	18
--	----

SONDERTHEMA

Der Begründer des Königswalder Friedensseminars Hansjörg Weigel	20
--	----

GESCHICHTE

»Ein erschütternder Anblick« Der Überfall auf den sächsischen Landtag am 9. März 1933 Fundstücke aus der Landtagsgeschichte	22
---	----

SERVICE

Weitere Informationen	24
-----------------------------	----

Asylpolitik, Sozialarbeit, Wissenschaftsstandort

Foto: R. Deutscher

// Die 16. Sitzung des Sächsischen Landtags befasste sich mit Fragen der Aufnahme und Unterbringung von Asylsuchenden in Sachsen sowie Möglichkeiten einer gesellschaftlichen Aufwertung sozialer Arbeit. Auf der 17. Sitzung wurde darüber debattiert, wie die Attraktivität Sachsens als Wissenschaftsstandort strategisch bewahrt und weiter erhöht werden kann. //



Uwe Nösner

Herausforderungen gemeinsam meistern

Bürger bei der Unterbringung von Asylsuchenden und Flüchtlingen einbinden

// In der 16. Sitzung vom 8. Juli 2015 stand auf Antrag der Fraktionen CDU und SPD das Thema Asyl auf der Tagesordnung. Die Abgeordneten debattierten über die gemeinsamen Anstrengungen bei der Unterbringung von Asylsuchenden und Flüchtlingen, die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger und die Bekämpfung von Hass und Fremdenfeindlichkeit. Lesen Sie dazu auch die Hintergrundinformationen zum Thema Asyl auf Seite 6. //

In diesem Jahr, so Christian Hartmann, CDU, würden 450.000 Flüchtlinge und Asylsuchende nach Deutschland kommen, 23.000 davon nach Sachsen. Derzeit kämen täglich zwischen 130 und 150 Asylbewerber in den Freistaat. Allein diese Zahlen zeigten die enormen Herausforderungen. Dabei gehe es nicht nur um die vernünftige Unterbringung der Asylbewerber in den Erstaufnahmeeinrichtungen oder dezentralen Wohnungen. Es gehe auch darum, die Schutz Suchenden respektvoll zu behandeln, ihren Anspruch auf Asyl zügig zu prüfen und sie bei Bleiberecht zu integrie-

ren. Aber auch die Sorgen und Ängste der Bürgerinnen und Bürger, die im Umfeld der Asylbewerberheime lebten, müssten ernst genommen werden. In diesem Zusammenhang sei eine rechts- und linkspopulistische Instrumentalisierung wenig hilfreich. In Freital sei in den vergangenen Wochen mehrfach eine Grenze überschritten worden.

Rassismus ächten

Wenn Integration gelingen und die Stimmung in Sachsen nicht weiter vergiftet werden solle, dann müsse Rassismus wieder

gesellschaftlich geächtet werden, betonte Albrecht Pallas, SPD. Zu diesem demokratischen Konsens müsse bei allen im Sächsischen Landtag vertretenen Parteien zurückgekehrt werden. Regierung und Opposition, Fraktionschef und einfacher Abgeordneter trügen dieselbe Verantwortung. Sie seien Vorbild für die Menschen in Sachsen und müssten sich auch so verhalten. Es müsse Schluss sein mit Zündeln, Fischen am rechten Rand, gegenseitigem Vorführen und machtpolitischen Spielchen. Dafür stehe zu viel auf dem Spiel. Pallas forderte Haltung für das Recht auf Asyl, für

Mitmenschlichkeit und für die Fähigkeit der Gesellschaft, Menschen in Not zu helfen und sie zu integrieren. Gleichzeitig begrüßte er das am 7. Juli 2015 vorgelegte Konzept zu den Erstaufnahmeeinrichtungen.

Zu spät reagiert

Dagegen kritisierte Juliane Nagel, DIE LINKE, dass der Innenminister in seiner Pressemitteilung zur Erstaufnahme auf die schnellere Rückführung oder die Ausreisepflicht anstatt auf das Grundrecht auf Asyl hingewiesen habe. Genau diese negative Konnotation in Bezug auf das Thema führe zu Ereignissen, wie sie im Zusammenhang mit dem Asylbewerberheim in Freital zu erleben seien. Was die Überlastung der Kapazitäten zur Erstaufnahme betreffe, so sei die Situation

bereits 2013 in Chemnitz eskaliert, woraufhin die Außenstelle in Schneeberg errichtet worden sei. In den ersten zwei Monaten des Jahres 2015, vor allem aber mit Blick auf bleibende und sich steigernde Eskalationen und globale Konfliktlagen dürfte endgültig klar geworden sein, dass die Zahl der Aufnahmeplätze dringend steigen müsse und die geplanten neuen Einrichtungen in Leipzig und Dresden 2016 und 2017 viel zu spät kämen.

Regierung mitschuldig

Die Staatsregierung, so André Barth, AfD, tue weiter so, als wäre sie für den Unmut in der Bevölkerung beim Thema Asylbewerberheime nicht mitverantwortlich. Dabei protestierten die Anwohner zu Recht gegen ihre Informationspolitik. Seit Jahren sei es in Sachsen gängige Praxis, Bürgern ein

Ministerversagen

Nach Auffassung von Petra Zais, GRÜNE, sei das Thema Asyl in Sachsen geprägt von Ignoranz, Versagen, Kleinredei, eklatanten Fehleinschätzungen,



// Markus Ulbig

Es ist falsch, sich gegenseitig Vorhaltungen zu machen.

16. Sitzung des Sächsischen Landtags

Fotos: R. Deutscher

Verdrängung, Handlungsunfähigkeit und einem kaum noch steigerungsfähigen Maß an Fahrlässigkeit der politischen Klasse innerhalb der Regierungskoalition. Im Sächsischen Landtag sei noch nie über ein Papier der Staatsregierung mit der Überschrift »Konzept für die Unterbringung in der

Er sehe alle Abgeordneten des Sächsischen Landtags in der besonderen Pflicht, Haltung zu zeigen sowie von Brüssel über Berlin und Dresden bis in

Vorhaltungen falsch

Beim Thema Asyl, so Markus Ulbig, Staatsminister des Innern, liege die Verantwortung



// Christian Hartmann

// Albrecht Pallas

// Juliane Nagel

// André Barth

// Petra Zais

Asylheim oder sogar eine Erstaufnahme-Unterkunft einfach vor die Nase zu setzen, ohne ihre Sorgen und Bedenken vorher zu diskutieren. So sei es in Schneeberg, Meißen, Grillenburg und zuletzt in Freital gewesen. Sogar Bundesinnenminister de Maizière sei in Freital in einer Informationsveranstaltung gewesen und habe kein Wort über die bevorstehende Einrichtung einer Erstaufnahme-Unterkunft verloren, obwohl nur drei Tage später die ersten Busse angerollt seien. So sei eine Einbindung der Bürger zum Scheitern verurteilt.

Erstaufnahme« geredet worden. Dagegen hätten sich die Abgeordneten beständig darüber ausgetauscht, in welchem Umfang sich das Versagen des Innenministers auch auf die Situation in den Kommunen und Landkreisen niederschläge.

Fehl am Platz

Der Sächsische Ausländerbeauftragte Geert Mackenroth bezeichnete parteipolitische Polemik und Populismus beim Thema Asyl und Aufnahme von Flüchtlingen als fehl am Platz.

die kleinste Ortschaft unseres Freistaates offen und selbstbewusst mit Vorurteilen aufzuräumen. Wer auf Bürgerversammlungen oder auf der Straße Hetzparolen brülle und jeden Dialog verweigere, der bewege sich außerhalb des demokratischen Konsenses. Wer den Hass dann auch noch – sei es in Form von dumpfer Einschüchterung direkt vor Flüchtlingsunterkünften oder durch Gewalt gegenüber den Schwächsten – an den Flüchtlingen auslasse, der mache sich nicht nur strafbar, sondern handle schlicht unanständig.

nicht nur bei der Staatsregierung. Es komme auch darauf an, wie vor Ort damit umgegangen werde und wie man dort die Diskussion verankere. Es sei falsch, sich gegenseitig Vorhaltungen zu machen. Es müsse überall klar Position bezogen werden, wenn es rassistische, fremdenfeindliche Äußerungen gebe. Diese hätten keinen Platz in Sachsen und sollten in keiner Stadt und keiner Gemeinde geduldet werden.



16. Sitzung des Sächsischen Landtags

Hintergrundinformationen zum Thema Asyl in Sachsen



Foto: D. Flechtner

Flüchtlinge weltweit. 2013 befanden sich weltweit mehr als 50 Millionen Menschen auf der Flucht. 17 Millionen von ihnen gelten nach völkerrechtlicher Definition als Flüchtlinge. Neun von zehn dieser Flüchtlinge leben in Entwicklungsländern. Die meisten Flüchtlinge lebten 2014 in Pakistan, Libanon, Iran, Türkei und Jordanien.

Asylbewerber in Deutschland. Im 1. Quartal 2015 wurden beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mehr als 85.000 Anträge auf Asyl gestellt. 58.000 Anträge wurden im gleichen Zeitraum entschieden, über 21.000 davon positiv. Syrischen Asylbewerbern wurde in 85 Prozent aller Fälle Zuflucht gewährt.

// Einen Schwerpunkt der 16. Sitzung des Landtags am 8. Juli 2015 bildete die Aktuelle Debatte zum Thema Asyl (siehe S. 4 und 5). Dazu liefert der Sächsische Ausländerbeauftragte regelmäßig Daten und Fakten, auf die sich die folgenden Hintergrundinformationen stützen. //

Verteilung in Deutschland. In Deutschland werden die Asylsuchenden nach dem Königsteiner Schlüssel verteilt. Er berechnet sich aus den Steuereinnahmen und der Bevölkerungszahl der Bundesländer. Sachsen nimmt 2015 von allen Asylsuchenden in Deutschland 5,1 Prozent auf. Damit steht der Freistaat an sechster Stelle.



www.offenes-sachsen.de

Asylbegehrende in Sachsen. Im 1. Quartal 2015 belief sich die Gesamtzahl der Asylsuchenden in Sachsen auf knapp über 5.000. Über 1.800 Asylanträge wurden im gleichen Zeitraum entschieden, davon 420 positiv. Mit Stichtag 31. März 2015 lebten in Sachsen über 13.000 Asylbewerber im Verfahren, jeweils zur Hälfte in Wohnungen und Gemeinschaftsunterkünften.

Verteilung in Sachsen. Die Verteilung der Asylbewerber in Sachsen errechnet sich aus dem Anteil der Wohnbevölke-

rung der Landkreise und kreisfreien Städte an der Gesamtbevölkerung. An der Spitze liegen Dresden und Leipzig mit jeweils über 13 Prozent; das Ende der Tabelle bilden der Vogtlandkreis und Nordsachsen mit einem Anteil von unter sechs bzw. fünf Prozent.

Weitere Angaben über das Asylverfahren und dessen Dauer, zur Unterbringung und den Rechten und Pflichten von Asylbewerbern sowie die Erläuterung wichtiger Sachbegriffe zum Asylrecht finden Sie unter dem Link.

Quelle: Der Sächsische Ausländerbeauftragte (Stand: Mai 2015)

Uwe Nösner

Das muss drin sein!

DIE LINKE fordert gute Löhne für soziale Arbeit

// Unter dem Titel »Gute Löhne für soziale Arbeit – Das muss drin sein!« hatte die Fraktion DIE LINKE eine Aktuelle Debatte beantragt, die in der 16. Sitzung des Landtags am 8. Juli 2015 auf der Tagesordnung stand. //

Es könne nicht sein, so Susanne Schaper, DIE LINKE, dass Menschen, die anderen Menschen in Notsituationen und den schlechten Zeiten ihres Lebens Beistand leisteten, nicht gut bezahlt würden. Eine Stunde Auto reparieren werde viermal so hoch vergütet wie eine Stunde Kranken- oder Altenpflege. Soziale Arbeit werde mit Steuergeldern und den Mitteln der Sozialversicherung bezahlt. Ein guter Volkswirt sollte sich nicht nur anschauen, was dafür investiert werde, sondern auch, was in den Kreislauf zurückfließe. Alexander Krauß, CDU, sprach das Problem der Planungssicherheit durch unbefristete Arbeitsverhältnisse in der sozialen Arbeit an, die 2014 in den Koalitionsvertrag aufgenommen worden sei. Klar sei aber auch, dass nicht jeder Sozialarbeiter verbeamtet werden könne, damit er eine lebenslange Perspektive habe. Vielmehr müsse es darum gehen, angemessene Bedingungen zu schaffen, damit es möglich sei und Spaß mache, weiterhin in der sozialen Arbeit tätig zu sein.

Debatte richtig

Henning Homann, SPD, ging auf die im Frühjahr von den Gewerkschaften Verdi, GEW und dem Deutschen Beamtenbund gestartete Kampagne zur Aufwertung der sozialen Berufe ein. Dabei gehe es um 240.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Sozial- und Erziehungsdienst, die eine Verbesserung ihrer Löhne und Arbeitsbedingungen und die Aufwertung des gesellschaftlichen Stellenwertes ihrer Arbeit forderten. Seiner Auffassung nach sei diese Aktuelle Debatte



16. Sitzung des Sächsischen Landtags

genauso richtig wie die Forderungen der Gewerkschaften. André Wendt, AfD, hob die Pflege als überproportional benachteiligten Bereich ganz besonders hervor. Hier sollten Kommunen, der Freistaat, die Tarifpartner und die Verbände in die Pflicht genommen werden und dafür sorgen, dass der Abwanderung des ausgebildeten Fachpersonals ein Ende gesetzt werde. Das sei Sachsen seinen Älteren und den zu Pflegenden schuldig, nicht zuletzt auch in Anbetracht der demografischen Entwicklung in unserem Land.

Enorme Unterschiede

Volkmar Zschocke, GRÜNE, wies auf die enormen Lohnunterschiede hin. Freie Träger könnten oft nicht auskömmlich und tarifgebunden zahlen. Die Mitarbeiter verzichteten dann auf ihre Bezahlung. Auch seiner Auffassung nach müssten gute Löhne für soziale Arbeit drin sein. Aber das allein reiche nicht aus. Gute Arbeitsbedingungen, langfristige Finanzierungsperspektiven, ausreichend Personal und gesellschaftliche Anerkennung gehörten dazu. Abschließend stellte Martin Dulig, Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, klar, dass Lohnverhandlungen in die Hände der Tarifpartner gehörten und nicht in die Hände der Politik. Dennoch sei es höchste Zeit, über gute Arbeit und faire Arbeitsbedingungen intensiv zu diskutieren. Genau aus diesem Grund habe sein Ministerium die Kampagne »Gute Arbeit für Sachsen« auf den Weg gebracht. Für gute Arbeit brauche es gute Leute, die dafür dann auch ein gutes Geld erwarten könnten.

Freistaat als Wissenschaftsstandort weiterentwickeln

Neues Nationales Leistungszentrum Fraunhofer in Sachsen bringt zusätzliche Motivation



Foto: S. Giersch

Uwe Nösner

// In der 17. Sitzung am 9. Juli 2015 setzten sich die Abgeordneten für die Weiterentwicklung des Freistaats als attraktiven Wissenschaftsstandort ein. Den Anlass der Aktuellen Debatte von CDU und SPD bildete das am 17. Juni 2015 neu eröffnete Nationale Leistungszentrum Fraunhofer in Sachsen. //

Wissenschaft und Forschung, so Aline Fiedler, CDU, seien ein gutes Beispiel für die Internationalisierung des Landes, wo sie für die Zusammenarbeit von Menschen verschiedener Religionen und Nationen selbstverständlich sei. Exzellente Wissenschaftler wie im Nationalen Leistungszentrum kämen nach Sachsen, weil sie hier eine hervorragende Infrastruktur vorfinden, ein enges Netzwerk zwischen den Forschungseinrichtungen und Hochschulen bestehe und bestens ausgebildete und motivierte Wissenschaftler arbeiteten. Forschung und Entwicklung seien der Schlüssel für die Wettbewerbsfähigkeit und den Wohlstand in Sachsen in den kommenden Jahren. Das Ziel der Wissenschafts- und Innovationspolitik müsse es auch in Zukunft sein, Erreichtes zu sichern, Neues zu

schaffen und dabei in den Anstrengungen nicht nachzulassen. Vor allem müsse es darum gehen, die in Sachsen entwickelten klugen Ideen in marktfähige Produkte zu überführen.

Hoffnungsvolles Projekt

Die Koalition, so Holger Mann, SPD, habe in den Haushalt fünf Millionen Euro für die Pilotphase des Nationalen Leistungszentrums eingestellt. Es sei ein hoffnungsvolles Projekt, das nach 2017 mit einer Weiterfinanzierung durch die Bundesexzellenzinitiative rechne. Falls diese nicht komme, sei es das Ziel, dass die Fraunhofer-Gesellschaften gemeinsam mit den beteiligten Universitäten und Industriepartnern die Zusammenarbeit mit eigenen Mitteln fortsetzen. Das sei wichtig.

Man müsse in einer Debatte über die Forschung in Sachsen zunehmend die Nachhaltigkeit im Blick haben. Wie immer bei Wettbewerben gebe es das Risiko zu scheitern und damit eben keine Sicherheit auf Verstetigung und Nachhaltigkeit. Aus genau diesem Grund sei die Initiative des Fraunhofer-Zentrums, hier neue Forschungsk Kooperationen zu suchen, grundsätzlich der Unterstützung wert.

Man müsse in einer Debatte über die Forschung in Sachsen zunehmend die Nachhaltigkeit im Blick haben. Wie immer bei Wettbewerben gebe es das Risiko zu scheitern und damit eben keine Sicherheit auf Verstetigung und Nachhaltigkeit. Aus genau diesem Grund sei die Initiative des Fraunhofer-Zentrums, hier neue Forschungsk Kooperationen zu suchen, grundsätzlich der Unterstützung wert.





// Aline Fiedler



// Holger Mann



// Annekatriin Klepsch



// Dr. Kirsten Muster



// Dr. Claudia Maicher

Mit Weltoffenheit

Annekatriin Klepsch, DIE LINKE, erklärte, dass Sachsen stolz sein könne, denn in Dresden bzw. Chemnitz bestehe jetzt das dritte Pilotvorhaben dieser Art in Deutschland neben den Leistungszentren für Nachhaltigkeit in Freiburg und für Elektroniksysteme in Erlangen. In dem Ziel, Sachsen als attraktiven Wissenschaftsstandort weiterzuentwickeln, bestehe Einigkeit. Der Stifterverband Deutsche Wissenschaft habe schon 2010 festgestellt, dass sich an sächsischen Hochschulen überdurchschnittlich viele internationale Studierende eingeschrieben hätten – ihr Anteil sei zwischen 2000 und 2010 um über 60 Prozent gestiegen –, aber der Anteil von ausländischen Wissenschaftlern unter dem Durchschnitt liege. Die Freude über ausländische Rektoren an Hochschulen oder einzelne Wissenschaftler allein sei Schaufensterpolitik, wenn kein gesellschaftlicher Konsens über Zuwanderung existiere.

Noch keine Strategie

Dr. Kirsten Muster, AfD, rief in Erinnerung, dass die Fraunhofer-Gesellschaft 2012 ihr Dresdner Nanoelektronikzentrum als selbstständige Einrichtung aufgelöst habe. Das Zentrum sei heruntergestuft und inhaltlich neu ausgerichtet worden. Das sei ein schwarzer Tag für Sachsen gewesen. Umso erfreulicher sei die Neugründung des Nationalen Leistungszen-

trums »Funktionsintegration für die Mikro-/Nanoelektronik« in Dresden und Chemnitz. Es werde sich auf Elektroniktechnologie stützen, die einen raschen Praxiseinsatz verspreche, nämlich auf Computerchips mit organischen Komponenten. Das neue Institut sei allerdings ein Ergebnis der Vorgängerregierung. Eine Strategie des Ministeriums fehle bisher. Ihre Fraktion sei auf die Konzepte gespannt.

Freiberg fehlt

Ihr, so Dr. Claudia Maicher, GRÜNE, stelle sich die Frage, warum der Standort Freiberg, der über hohe Erfahrungen bei der Forschung im Halbleiter-, Solarpanel- und Chipbereich verfüge, nicht in das Verbundprojekt einbezogen worden sei. Was die Förderung und Weiterentwicklung des Wissenschaftsstandortes Sachsen generell betreffe, so gehe es

allerdings nicht nur um die gute Struktur von Fraunhofer-, Max-Planck-, Helmholtz- und Leibniz-Einrichtungen, sondern auch um die Forschung an den sächsischen Hochschulen. Eine landesseitige Förderung der

Beteiligung der Industrie

Abschließend betonte Dr. Eva-Maria Stange, Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst, dass es letztlich darum gehe, eine weitere Förderung über 2017 hinaus zu erreichen. Wichtig sei aber vor allem,



17. Sitzung des Sächsischen Landtags

Fotos: R. Deutscher

// Dr. Eva-Maria Stange

Wichtig ist es vor allem, dass sich auch die Industrie im Freistaat verstärkt an Forschung und Entwicklung beteiligt.

dass sich auch die Industrie im Freistaat verstärkt an Forschung und Entwicklung beteilige. Gerade in dem Bereich, in dem für alle Industriezweige ein unbestreitbarer Nutzen entstehe, müssten sich Firmen dazu bereitfinden, auch dieses Spitzenzentrum über die zwei Jahre hinaus mitzufinanzieren.



17. Sitzung des Sächsischen Landtags

Foto: R. Deutscher

Freiwild für Polit-Chaoten?

Uwe Nösner

AfD-Fraktion hinterfragt die Stellung des Abgeordneten im Rechtsstaat

Seine Fraktion, so Detlev Spangenberg, AfD, wisse, dass nicht nur Büros seiner Partei, sondern auch solche der GRÜNEN, der LINKEN und anderer Parteien angegriffen würden. Es gebe sowohl linke als auch rechte Polit-Chaoten. Von linken Parteien würden dann allerdings immer Bündnisse allein gegen rechte Gewalt initiiert. Ein Bündnis gegen Gewalt generell käme nicht zustande, weil linke Gewalt toleriert werde. Nach Auffassung von Sören Voigt, CDU, gehe es nicht nur um Abgeordnete, sondern um nichts weniger als um die Demokratie, die Gesellschaft und den Schutz der Bürger, die sich engagieren wollten. Alle Bürger seien aufgerufen, sich im Rahmen der vielfältigen demokratischen Möglichkeiten einzubringen und Gesicht zu zeigen. Die Abgeordneten des Sächsischen Landtags sollten ihnen dabei zur Seite stehen.

// In der Aktuellen Stunde der 17. Sitzung des Sächsischen Landtags am 9. Juli 2015 stand eine Aktuelle Debatte unter dem Titel »Der Abgeordnete im Rechtsstaat, Freiwild für Polit-Chaoten« auf der Tagesordnung. Sie war von der AfD-Fraktion beantragt worden. Den Hintergrund bildeten unter anderem Provokationen gegen Abgeordnete und Anschläge auf Büros von Parteien. //

Effekthascherei

Aus ihrer Sicht, so Kerstin Köditz, DIE LINKE, betreibe die AfD nur Effekthascherei. Sie erinnerte an den Zwischenfall in Göttingen, wo die Tagespresse unter Berufung auf einen Parteisprecher zunächst von einem gewaltsamen Überfall auf Frau Petry in einem Lokal berichtet hatte. Die Göttinger Polizei habe dieser Darstellung bereits am folgenden Tag widersprochen. Hanka Kliese, SPD, warf der AfD vor, mit ihrer Hetze gegen linke Parteien eine gewaltbereite Stimmung im Land anzufachen. Gerade Abgeordnete, die sich im Kontext des Antirechtsextremismus befän-

den, seien besonders oft im Fokus von Bedrohungen. Auch Abgeordnete mit Migrationshintergrund hätten es besonders schwer und noch mehr Anschläge auf ihre Büros oder Hass-E-Mails zu verzeichnen.

Angriff auf Grundordnung

Valentin Lippmann, GRÜNE, erinnerte daran, dass in den letzten Monaten und Wochen in den Versammlungen von Pegida immer wieder der Ruf »Abgeordnete sind Volksverräter« zu hören gewesen sei. Die AfD mache sich gemein mit Menschen, die Abgeordnete als Abschaum

der Gesellschaft betrachteten. Dazu hätte sie in der Aktuellen Debatte klar Stellung beziehen müssen. Wer Wahlkreisbüros zum Ziel von Anschlägen mache, so Justizminister Sebastian Gemkow, der greife auch die demokratische Grundordnung selbst an. Jeglicher Gewalt und Brandstiftung müsse Einhalt geboten werden, egal, ob sich die Täter gegen Bürger, Amtsträger oder Minderheiten wendeten, egal, ob sie von rechts oder links kämen oder gänzlich unpolitisch seien. Der Rechtsstaat müsse diesen Tätern entschlossen die Stirn bieten.

Einbürgerungsfest: Neue Staatsbürger begrüßt



// Mit einem gemeinsamen Luftballonstart vor dem Landtag endete das Einbürgerungsfest 2015. // Foto: S. Füssel

// Jedes Jahr entscheiden sich Menschen aus dem Ausland, die seit mindestens acht Jahren in Deutschland leben und weitere Voraussetzungen erfüllen, für die Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft. Für die in Sachsen 2014 neu Eingebürgerten veranstalteten der Sächsische Ausländerbeauftragte und der Sächsische Staatsminister des Innern am 13. Juni 2015 im Landtag ein Einbürgerungsfest. //



Clara Herrmann

Von Rom nach Chemnitz

Traditionelles Einbürgerungsfest erteilte neuen Staatsbürgern das Wort



Fotos: S. Füssel

// Am 13. Juni fand traditionell im Landtag das Einbürgerungsfest statt. Der Sächsische Ausländerbeauftragte und der Sächsische Staatsminister des Innern hießen die im letzten Jahr Eingebürgerten herzlich willkommen. //

Stefano Antonelli verließ vor 20 Jahren die ewige Stadt Rom und ging nach Chemnitz. Zur allgemeinen Heiterkeit erzählte er während der Feststunde, dass er sich zwar mittlerweile mehr mit Deutschland als Italien identifiziere, aber die italienische Küche ihren festen Platz in seinem Alltag behalte. Die Identifizierung mit Deutschland sei sicher auch bei den anderen Eingebürgerten ähnlich und ein Beweggrund, sich für die deutsche Staatsbürgerschaft zu entscheiden.

Denn wo es einem gut geht, da ist das Vaterland, bekräftigte auch Vizepräsident Horst Wehner in seinem Grußwort. Er begrüßte es als einen Fortschritt, dass Einbürgerungen heute nicht mehr auf Ablehnung oder nur Duldung stießen, sondern zunehmend als Chance verstanden würden.

Sogar als Krönung versteht die ehemalige Polin Agnieszka Bossack-Magiarska ihre neue Staatsbürgerschaft. Nachdem sie als Dolmetscherin am Oberlandesgericht vereidigt wurde



www.offenes-sachsen.de



// V.l.n.r.:
Markus Ulbig, Horst Wehner,
Geert Mackenroth

und nun auch ihre Familie in Deutschland lebt, entschied sie sich zu diesem Schritt. Doch anfangs hatte sie ihre Probleme mit dem Sächsischen und erinnert sich: »Als ich nach Chemnitz kam, stellte ich fest: Fünf Jahre Germanistik studiert und du verstehst überhaupt nichts. Das war am Anfang wirklich schwierig, aber mittlerweile geht's.«

Probleme mit den so unterschiedlichen Mentalitäten vermutete auch Nancy Mengelberg, als sie nach 30 Jahren in

der kubanischen Tourismusbranche nach Deutschland kam. Doch das bestätigte sich für sie nicht. Mit Freude übt sie jetzt einen sehr deutschen Beruf aus: Buchhalterin im deutschen Steuerrecht.

Bereicherung für Sachsen

Die Einflüsse aus den unterschiedlichen Kulturen machten Sachsen schon immer stark, so der Innenminister Markus Ulbig

// Moderatorin Wiebke Müller
mit Nancy Mengelberg





// Großer Zuspruch bei der Fotoaktion zur Erinnerung



Fotos: S. Füssel



in seinem Grußwort. Integration und kulturelle Vielfalt sollen kein »Entweder-oder«, sondern ein »Sowohl-als-auch« sein.

Besonders über diese Unterschiedlichkeiten der Lebenswege, die alle Eingebürgerten nach Sachsen führten, freute

sich Geert Mackenroth. Mit Blick auf die Gäste sagte er, dass man in Zukunft noch weniger als jetzt einen Deutschen anhand seiner Hautfarbe oder seines Namens erkennen könne. »Zu diesem Deutschland, zu diesen Sachsen sagen Sie heute ganz bewusst Ja und unser Land sagt mit Freude Ja zu Ihnen, das ist allemal ein Grund zum Feiern.«



Im Jahr 2014 wurden im Freistaat Sachsen 1.093 Menschen eingebürgert. Die meisten Menschen wurden in den kreisfreien Städten Leipzig (325), Dresden (207) und Chemnitz (154) eingebürgert. Die größte Gruppe der Eingebürgerten (148) waren vorher vietna-

mesische Staatsangehörige gewesen. An zweiter Stelle steht die ukrainische Staatsangehörigkeit, die 139 Menschen aufgaben. 74 Polen entschieden sich 2014, Deutsche zu werden.



Foto: S. Giersch

Plenarjahr beendet

Landtagspräsident würdigte geleistete Arbeit

// Vor Eintritt in die parlamentarische Sommerpause hatte Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner am Abend des 9. Juli zum traditionellen Sommerempfang geladen. Rund 400 Gäste aus Politik und öffentlichem Leben, unter ihnen auch die Vizepräsidentin des Landtags von Mecklenburg-Vorpommern, Frau Beate Schlupp, waren der Einladung gefolgt. //

In seinem Resümee zum ersten Jahr der Parlamentsarbeit in der sechsten Legislaturperiode würdigte der Landtagspräsident zunächst die Erarbeitung der neuen Geschäftsordnung als »... Rüstzeug, mit dem wir dann unsere parlamentarische Arbeit fair im Umgang miteinander sowie mit unserer Verfassung und den dadurch übertragenen Rechten und Pflichten erledigt haben.« Mit den Beschlüssen zum Doppelhaushalt 2015/2016 habe der Landtag zudem wieder einmal sein Königsrecht wahrgenommen und damit maßgeblich die Weichen für die Entwicklung des Freistaates Sachsen gestellt. »Es sollte uns allerdings zu denken geben«, so Röbner weiter, »dass in diesem Zusammenhang der kritische Blick der Öffentlichkeit vor allen Dingen darauf gerichtet war, zu welchen Bedingungen und mit welchen Mitteln wir als gewählte Abgeordnete unsere Aufgaben ausüben. In diesem Punkt sind wir es dann, die Rede und Antwort stehen müssen, und zwar den Menschen gegenüber, die uns das Mandat erteilt

haben.« Abschließend dankte der Landtagspräsident den Familien und Mitarbeitern der Abgeordneten, der Staatsregierung, den Mitarbeitern in den Ressorts und der Landtagsverwaltung für die vielseitige Unterstützung, die die Arbeit des Parlamentes erst möglich mache.

Bei Bratwurst, Bier und manchem anderen war dann Gelegenheit, in persönlichen Gesprächen das Jahr nochmals Revue passieren zu lassen, sich über den bevorstehenden Urlaub auszutauschen und Ausblick auf die Arbeit im kommenden Parlamentsjahr zu nehmen. Die Musik von Johnson Grasse GbR war eine stimmungsvolle Bereicherung. Ein gelungener Abend auch in diesem Jahr – und hätte Petrus nicht zwischendurch die Regenschleuse geöffnet, wäre er wohl perfekt gewesen.



www.landtag.sachsen.de

Ausländerbeauftragter: Probleme offensiv lösen



// Geert Mackenroth // Foto: R. Deutscher

// Angesichts weltweiter Migrationsbewegungen gewinnen die Themen Sicherung qualifizierter Arbeitskräfte und Integration von Einwanderern, aber auch Fragen der Asyl- und Flüchtlingspolitik gegenwärtig immens an Bedeutung. Der Sächsische Ausländerbeauftragte Geert Mackenroth engagiert sich offensiv für die Anliegen der Betroffenen. //

Ein Tag mit dem Sächsischen Ausländerbeauftragten Geert Mackenroth

Wir haben unseren Job

Als Sächsischer Ausländerbeauftragter (SAB) ist der 65-jährige Mackenroth heute nur scheinbar nicht mehr im Zentrum des Fokus gesellschaftspolitischer Berichterstattung. Als Mitglied des Landtags (MdL) arbeitet er in der Legislative. Als Justizminister hatte er Erfahrung in der Exekutive gesammelt; das Gleiche gilt für seine Zeit in der Judikative, als er Gerichtspräsident war. »Ich bin wohl einer der wenigen, die alle drei Gewalten von innen kennen.« Das helfe ihm nun bei dieser Arbeit, die neben der Minderheitenproblematik auch Fragen der Integration und Migration behandle, ungemein und bewirke große Synergieeffekte.

Die juristische Karriere des Schleswig-Holsteiners liest sich einigermaßen spannend: Staatsanwalt, Generalstaatsanwalt, Richter am Amtsgericht Bad Oldesloe, Direktor des Amtsgerichts Mölln und Präsident des Oberlandesgerichtes Itzehoe. Vor 12 Jahren wurde er zum Staatssekretär im sächsischen Justizministerium berufen und ein Jahr später mit Beginn der 4. Legislaturperiode

Foto: R. Deutscher



Foto: R. Deutscher

2004 zum Justizminister des Freistaates. In den fünf Jahren bis 2009 war er auch Mitglied des Bundesrates.

Der Mann hat es – so scheint es – recht eilig. »Wir haben es mit einer weltweiten Migration in ganz großem Maßstab zu tun und sind darauf nicht wirklich vorbereitet«, sagt er kämpferisch. Zwar könne allein aus diesem Umstand niemandem

// Geert Mackenroth ist kein Unbekannter im Sächsischen Landtag: die 6. Legislaturperiode ist seine zweite, doch kennt er »den Laden« seit 2003. //

ein Vorwurf gemacht werden, aber das Problem müsse offensiv angegangen werden. In Deutschland verfüge man im Bereich der Asyl- und Flüchtlingspolitik über ein hervorragendes Rechtssystem, das allerdings – selbst verschuldet – immer mehr an Akzeptanz verlore: »Wir haben unseren Job nicht gemacht. Das sollten wir bei der ganzen Diskussion um Flüchtlinge, Migranten und Ausländer nicht vergessen!«

Transparenz gefordert

Mackenroth fordert mehr Transparenz von Gesetzen, Vorschriften und Regelwerken – umfassend und schnell –, denn nur so könne profundes und verbreitetes Wissen in der Gesellschaft möglich werden:

»Wir schleppen über 60 verschiedene Aufenthaltstitel mit uns herum, die Situationen wie Duldung, humanistische Gründe und verschiedene Asylstatus (Plural) beschreiben. Das sind zu viele!« Im Grunde benötige man einen »Inländerbeauftragten«, dessen Aufgaben er klar beschreiben könne: »Wir müssen mehr für die Akzeptanz unseres Rechtssystems werben, es erhalten und teilweise aber auch wieder herstellen.«

Die Integrationsmesse in den Räumen des Neuen Leipziger Rathauses Ende Mai hätte deutlich gemacht, dass nahezu



alles, was mit dem Phänomen »Ausländer« in Zusammenhang gebracht werde, sehr stark kommerzialisiert worden sei. Es wimmle von »munteren – auch sehr guten – Geschäftsmodellen zu Arbeit und Sprache«, die sich aber hauptsächlich an Menschen mit Bleibestatus wendeten. Damit dürfe man sich nicht zufriedengeben, forderte der SAB nach dem Rundgang:

Hans-Peter Maier

nicht gemacht!

»Bei aller Zustimmung, es ist doch eine sehr kleine Zielgruppe, die da angesprochen wird. Bei der Lösung von den anstehenden und schwerwiegenden,

Fotos: S. Hoyer



weil wachsenden Migrationsproblemen hilft uns das nicht.«

Mackenroth verweist auf Modelle wie jenes, das aus Gröditz bekannt wurde. Der Plan, Asylbewerber in das städtische Leben – wie beispielsweise als Arbeiter im örtlichen Bauhof – zu integrieren, habe funktioniert. Am Ende hätten drei Mal so viel Menschen aufgenommen werden können, wie nach

der Schlüsselzuweisung vorgesehen waren: »Da hatten die Verantwortlichen einfach den Mut, zu handeln!«

Mehr Mut, zu handeln

Als Ausländerbeauftragter möchte er gern mithelfen, dass mehr Menschen über den Tellerrand schauen und mehr Mut

hätten, zu handeln. Ein ironisches Lächeln spielt um seine Mundwinkel: »Wir sollten uns davor bewahren, dass sich das Ersetzen eines Kommas durch ein Semikolon bei einer Drucksache zum beruflichen Höhepunkt aufschwingt!«

Nein, sagt er ernst, die Gefahr beim Thema »Zuwanderung« verkenne er nicht: »Für mich ist der Umgang mit genau diesem Problem ganz entscheidend für unsere Gesellschaft. Denn mit Zuwanderung entsteht auch Heimatangst. Das müssen wir ernst nehmen!«

Das »duale System«, das Asylbewerbern die Möglichkeit eröffnet, schnell Arbeit zu bekommen und schnell sprachlich ausgebildet zu werden, ist für Mackenroth ein Zukunftsmodell. Mit dem Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Dresden, Andreas Brzezinski, ist er sich einig: »Es gibt Betriebe, die das anbieten, allein das

Zutrauen der Behörden fehlt!« Hier müsse mit Aufklärungsarbeit und den so oft zitierten vertrauensbildenden Maßnahmen für mehr Verständnis geworben werden.

Natürlich müssten mit den »Neuen« Gespräche geführt werden. Nicht jeder Asylbewerber hätte automatisch ein Bleiberecht, da dürften Unterschiede nicht durch eine fatale Politik der Gleichbehandlung zum Nachteil der Gesellschaft verwischt werden. Dennoch komme es darauf an, Asylberechtigten und Arbeitswilligen auch entsprechend zu behandeln. Jede Stelle, die mit »Qualität« besetzt werden könne, sei von Vorteil für alle: »Es ist nicht wichtig, wo man herkommt, sondern wo man hinwill!«



www.offenes-sachsen.de

Hans-Peter Maier

»Die Ungeheuerlichkeit des Vorgangs rechtfertigt das umfangreiche Verfahren«

Gespräch mit Lars Rohwer, Vorsitzender des 1. Untersuchungsausschusses



Fotos: T. Schlorke



// Der NSU*-Untersuchungsausschuss ist ein Dauerbrenner – irgendwie. Der in dieser Legislaturperiode mit dem Vorsitz Be-
traute auch: Lars Rohwer – Mitglied des Landtags (MdL), mit
Pausen in den ersten beiden, aber ununterbrochen in den ver-
gangenen vier Legislaturperioden – kennt Abläufe, Zwänge und
Nöte des parlamentarischen Betriebs wie nur ganz wenige. //

Keine Gerichtsverhandlung

Der große Unterschied zu einer Verhandlung vor Gericht sei vor allem die Parteilichkeit: »Mal angenommen, die Abgeordneten der verschie-
denen Fraktionen stellen die gleichen Fragen. Das kommt vor und
steht vor dem Hintergrund, dass nahezu deckungsgleiche Antworten
der Zeugen von Abgeordneten unterschiedlicher politischer Couleur
auch unterschiedlich interpretiert werden.« Das sei nicht immer ein-
fach für die Zeugen, nervt vielleicht auch und bringe den einen oder
anderen durchaus in Verlegenheit, weil jede Fraktion die gleiche Frage
stellen könne.

Bei einem Untersuchungsausschuss nehme den Vorsitz auch kein
Richter wahr, sondern ein Abgeordneter – auch mit einer eigenen,
parteilich gefärbten Meinung ausgestattet. »Allerdings hat auch er
die Verhandlungsführung neutral zu gestalten!«

Das rieche nicht nur nach Arbeit, das ist auch welche – und nicht
wenig obendrein. Deutlich werde dies, wenn am Ende der Tätigkeit
eines UA die Bewertung anstehe: »Der Abschlussbericht des 3. UA
der 5. Legislaturperiode (damals wurde der NSU-UA erst als dritter
Untersuchungsausschuss eingesetzt), verfasst von der damaligen
Koalition, umfasst 100 Seiten. Das ›Minderheitenvotum‹, ein Privileg
der Opposition, verfasst von drei Fraktionen (LINKE, SPD, GRÜNE)
umfasst 400 Seiten«. Zusätzlich lieferte die NPD seinerzeit noch einen
eigenen Abschlussbericht.

Der Vorsitz in einem Untersuchungsausschuss (UA) – der NSU-UA ist
bislang der einzige der 6. Legislaturperiode des Sächsischen Land-
tags – sei eine gewaltige Aufgabe; das lasse allein schon der ent-
sprechende Gesetzestext vermuten. »Ein Untersuchungsausschuss
stellt das schärfste Kontrollinstrument eines Parlaments dar«, sagt
der 43-jährige Rohwer. Außerdem besitze er in weiten Teilen gericht-
lichen Charakter: es können Zeugen geladen werden, die bei einer
Falschaussage auch belangt werden können.

Auf Antrag eines Fünftels der Mitglieder des Sächsischen Land-
tags – in der 6. Legislaturperiode sind dies 25 Abgeordnete, erklärt
Rohwer – müsse ein Untersuchungsausschuss eingerichtet werden.
Es handele sich dabei um ein in der Verfassung verbrieftes Minder-
heitenrecht, das somit vor allem der Opposition nütze, um eventuelle
Missstände in Politik und Verwaltung oder ein mögliches Fehlverhal-
ten der Staatsregierung untersuchen zu können.

Untersuchungsausschüsse werden durchnummeriert: Der erste
eingesetzte in einer Legislaturperiode hat dann eben auch die Ord-
nungszahl 1. Das bedeutet, der NSU-Untersuchungsausschuss läuft
in der 6. Legislaturperiode des Sächsischen Landtags als 1. UA.

* Nationalsozialistischer Untergrund



Stichwort Diskontinuität

Der Begriff beschreibt die Tatsache, dass am Ende einer Legislaturperiode nicht erledigte Vorlagen, aber auch Ausschüsse wie beispielsweise der 3. Untersuchungsausschuss der 5. Legislaturperiode in der nächsten nicht automatisch durch neu gewählte Abgeordnete weitergeführt werden dürfen. Vereinbarungen müssen neu beschlossen und umgesetzt werden.

Rohwer ist zufrieden: »Der 3. UA in der 5. Legislaturperiode wurde am 7. März 2012 eingesetzt und konnte auch nur das aufarbeiten und bewerten, was bis zu dem Termin bekannt war. Der 1. UA nach der

// Lars Rohwer während der konstituierenden Sitzung // Foto: S. Floss



Wahl vom 30. August 2014 wurde am 27. April dieses Jahres eingesetzt und kann auf deutlich mehr Unterlagen und Informationen zurückgreifen.« Es sei einigermaßen beruhigend, dass es derzeit keinerlei Hinweise auf thematisch-inhaltlich »neues Material« gebe. »Wir haben bereits drei Jahre untersucht. Jetzt kommen noch einmal bis zu vier dazu. Ich hoffe, dass wir dann abschließen können!«

Eine Menge Arbeit

Die Wertigkeit seines Untersuchungsausschusses sei im Übrigen nicht hoch genug einzuschätzen, sagt Rohwer und verweist auf die Tatsache, dass zum gleichen Thema in mehreren Bundesländern und im Bund recherchiert und untersucht wurde und werde: »Die Ungeheuerlichkeit dessen, was wir ›Nationalsozialistischen Untergrund‹ nennen, rechtfertigt dieses umfängliche Verfahren!«

Das »umfängliche Verfahren« wird auch durch die Tatsache verdeutlicht, dass sämtliche Akten, die für die Arbeit des ehemaligen 3. UA angefordert und zurückgegeben wurden, nun den Abgeordneten erneut zur Verfügung gestellt werden sollen. Das umfasse 424 Aktenordner mit durchschnittlich etwa 500 Seiten, was einer Gesamtmenge von rund 212.000 Seiten entspreche. Ein sardonisches Grinsen umspielt seinen Mundwinkel: »Das muss erst einmal gelesen werden!«

Nein, eine Garantie dafür, dass die umfängliche Aufarbeitung eine Wiederholung solcher abgründiger Taten unmöglich machen werde, könne niemand geben, erläutert Rohwer ernst. Allerdings schaffe sie eine gute Grundlage für Besseres: »Der UA hat die Aufgabe, Fehler zu suchen und auszuwerten, um für die Zukunft besser gewappnet zu sein!«



Der Begründer des Königswalder Friedensseminars

Hansjörg Weigel

Fotos: Archiv MLKZ Werdau

Prof. Dr. Eckhard Jesse

Hansjörg Weigel engagierte sich in den 70er- und 80er-Jahren couragiert und vielfältig bei Friedensinitiativen. Er gehörte in dieser Zeit zum »harten Kern« der Bürgerrechtler. Die Ausspähung durch das Ministerium für Staatssicherheit entmutigte ihn nicht, sondern ermunterte ihn, für eine bessere DDR zu streiten.

Leben und Wirken in der DDR

Geboren am 15. März 1943 in Chemnitz als Sohn eines Strafvollzugsbeamten, wohnte er seit 1945 in Königswalde bei Werdau. Nach der Erlangung der mittleren Reife erlernte Weigel den Beruf des Kraftfahrzeug-Elektrikers. Obwohl sich der FDJ-Sekretär und Schießausbilder in der Gesellschaft für Sport und Technik nach dem Mauerbau 1961 zunächst freiwillig zum Dienst in der NVA gemeldet hatte, verweigerte er 1963 den Grundwehrdienst und

// Anlässlich der 25-jährigen Jubiläen der friedlichen Revolution 2014 und der deutschen Einheit 2015 erinnern wir in dieser Rubrik an Persönlichkeiten, die den Wendepunkt der deutschen und sächsischen Geschichte aktiv mitgestaltet haben. Die Reihe wurde in der Ausgabe 5/14 eröffnet. //

wurde in den Jahren 1966/67 Bausoldat. Während dieser Zeit entstanden enge, ihn maßgeblich prägende Beziehungen zu den Theologen Rudolf Albrecht und Harald Bretschneider, die Friedenskreise organisierten und Bausoldaten und Wehrdienstverweigerer unterstützten. Weigels These lautete, der Staat habe 1964 durch die Aufstellung von Baueinheiten innerhalb der Nationalen Volksarmee ein wichtiges oppositio-

nelles Potenzial zugelassen: »Mit den Bausoldaten schuf sich die DDR die Keimzelle der Opposition.« Seine Freundin überzeugte ihn vom christlichen Engagement – folglich trat er aus allen Massenorganisationen aus und widmete sich von nun an der ehrenamtlichen Gemeindefarbeit mit dem Schwerpunkt christlicher Friedenserziehung. 1973 gründete Weigel das Christliche Friedensseminar Königswalde unter

dem Slogan »Frieden schaffen ohne Waffen – was spricht dafür?« und leitete es bis in die Neunzigerjahre hinein. Der Straftatbestand »staatsfeindlicher Hetze« brachte ihn 1980 für drei Monate in Untersuchungshaft. Infolge öffentlichen Drucks kam Weigel im August des gleichen Jahres wieder frei. Das Angebot einer Übersiedlung in die Bundesrepublik lehnte er ab. Von 1984 bis 1996 war er Mitglied der Sächsischen Landessynode.

Weigel eignete sich autodidaktisch vielfältiges Wissen zu den Themen Existentialismus und Theologie an. In seinem Friedenskreis kamen zweimal im Jahr Menschen zusammen, darunter später bekannte Bürgerrechtler wie Martin Böttger, Heino Falcke und Friedrich Schorlemmer. Weigel, kein Missionar und Dogmatiker, verfolgte zielstrebig und ausdauernd seine Friedensidee. Schockierend wirkte auf ihn die Niederschlagung des »Prager Frühlings« im Jahr 1968.



Sein politisches Wirken während der friedlichen Revolution 1989 konzentrierte sich auf die Wahlkontrolle. Jahre zuvor war dieses Unterfangen von der Landessynode abgelehnt worden. Ilko-Sascha Kowalczyk schreibt in seinem Standardwerk über die friedliche Revolution »Endspiel«: »Hansjörg Weigel, der Kopf des Friedensseminars, meinte im Juli 1989, in der DDR müsse eine oppositionelle politische Partei gegründet werden. [...] Weigel sah als dringlichste Punkte: Einführung eines demokratischen Wahlsystems, Reprivatisierung von Betrieben mit bis zu 1.000 Beschäftigten, Entideologisierung des Bildungswesens, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit. Außerdem war von einem basisdemokratischen Modell die Rede, ohne dass hier wie später anderswo deutlich wurde, in welchem Verhältnis dieses zum Mehrparteiensystem stünde. [...] Dass auch Weigel zu diesem Zeitpunkt von einem längeren Prozess ausging, zeigt, dass er mit einem konkreten Antrag auf Legalisierung noch bis zum Frühsommer 1990 warten wollte.«

Weigel, der scharfe Kritiker des »realen Sozialismus«, fühlte sich in der Umbruchzeit 1989/90 nicht wohl: »Die Zeit in meinem Leben, wo ich am meisten Angst hatte, war Dezember 1989, Januar und Februar 1990.« Und dies, obwohl er in den vorangegangenen Jahren im Operativen Vorgang »Spaten II« intensiv von der Staatssicherheit »bearbeitet« worden war. Eine siebzehnbändige Stasiakte legt Zeugnis davon ab.

Im vereinigten Deutschland

Nach der friedlichen Revolution war Hansjörg Weigel an der Umwandlung seines Betriebes, einer Produktionsgenossenschaft des Handwerks (PGH), beteiligt, in dem er seit 1961

gearbeitet hatte und ab 1992 als Geschäftsführer tätig wurde. Die Eigentümer sahen sich nicht in der Lage, den Betrieb unter marktwirtschaftlichen Bedingungen weiterzuführen. Von 1990 an fungierte Weigel als Stadtrat in Werdau, zunächst unabhängig, danach, ab 1999, für die SPD. Für »höhere Ämter« stand Weigel nach 1989 nicht zur Verfügung. Sein Motto »Macht korrumpiert, und totale Macht korrumpiert total!« steht in der deutschen Tradition von »unpolitischer« Verhaltensweise. Aber wer etwas verändern will, muss Macht anstreben. Macht an sich ist nichts Negatives, wohl aber Macht um der Macht willen. Diesen Unterschied konnte Weigel, der sich an den schwindenden Aktivitäten des Königswalder Friedensseminars weiter beteiligte, lange nicht akzeptieren.

Ungeachtet der oppositionellen Aktivitäten sagt Weigel: »Ich wollte die DDR nie abschaffen. Ich wollte sie verändern, liebenswerter, wärmer, bunter, offener, menschlicher und vor allem freier machen. Ein Land, das selbstbewusst und gelassen, vielleicht auch vorbildlich im Kreis der Völker lebt.« War Weigel mit dem Verlauf der deutschen Einheit höchst unzufrieden, so hat er sich inzwischen mit ihr einigermaßen ausgesöhnt. Wie die Abwendung von der DDR bei ihm ein sukzessiver Prozess gewesen ist, verlief die Hinwendung



Foto: H. Weigel

zur Bundesrepublik, der zweiten deutschen Demokratie, ähnlich allmählich, wenngleich die »Kälte des Kapitalismus« für ihn nach wie vor kritikwürdig erscheint. Die kritische Sicht auf die PDS, die Linkspartei und die Partei DIE LINKE ist ihm geblieben.

Ehrungen

Weigel hat seine vielfältigen Friedensaktivitäten selbst nicht dokumentiert, aber dazu Interviews gegeben. Mit dem Buch von Matthias Kluge über das Christliche Königswalder Friedensseminar wurde ihm indirekt ein Denkmal gesetzt. 1999 erhielt Hansjörg Weigel das Bundesverdienstkreuz und 2014 die Ehrenmedaille seiner Heimatstadt Werdau.

Literatur: Matthias Kluge, Das Christliche Friedensseminar Königswalde bei Werdau. Ein Beitrag zu den Ursprüngen der ostdeutschen Friedensbewegung in Sachsen, Dresden 2004.

Hansjörg Weigel, »Man wandelt nur das, was man annimmt«, in: Eckhard Jesse (Hrsg.), Friedliche Revolution und deutsche Einheit. Sächsische Bürgerrechtler ziehen Bilanz, Berlin 2006, S. 156–167.



Prof. Dr. Eckhard Jesse

Geb. 1948 in Wurzen. Studium der Politik- und Geschichtswissenschaft an der FU Berlin; Dissertation zur Wahlrechtsgestaltung; Habilitation zur streitbaren Demokratie. Von 1993 bis 2014 Inhaber des Lehrstuhls »Politische Systeme, politische Institutionen« an der TU Chemnitz, von 2007 bis 2009 Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft. Er ist u. a. Autor des Buches »Politik in Sachsen« (mit Thomas Schubert und Tom Thieme), Wiesbaden 2014.

»Ein erschütternder Anblick«

Der Überfall auf den sächsischen Landtag am 9. März 1933

Janosch Pastewka

Fundstücke aus der Landtagsgeschichte

»In der Ecke auf einem Stuhl saß, den Oberkörper bis auf's Hemd entkleidet, der Abgeordnete F[ischer] aus Plauen. Sein Gesicht war aschfahl und über seine Wangen lief das Blut in mehreren Bächlein.« Dieses Zitat stammt aus einem Bericht des stellvertretenden Landtagspräsidenten Max Hentschel

// Der Sächsische Landtag fördert zurzeit ein Forschungsprojekt der TU Dresden, in dem die Geschichte der sächsischen Landtage vom Mittelalter bis heute erforscht wird. Bei den Arbeiten kommen immer wieder interessante Quellen zum Vorschein. Der Landtagskurier stellt diese als Fundstücke aus der Geschichte der sächsischen Landtage vor. //

// Mutschmann (Mitte) und von Killinger (rechts) bei der Eröffnung des Landtages im Mai 1933. // Foto: Dresdner Nachrichten vom 17.05.1933 (Stadtarchiv Dresden)



über den 9. März 1933. An diesem Tag hatten Truppen der nationalsozialistischen Sturmabteilung (SA) das Dresdner Ständehaus, in dem der Landtag tagte, überfallen.

Ein elfseitiger maschinengeschriebener Text, der im Nachlass Hentschels überliefert ist und erst kürzlich zugänglich wurde, lässt eine sehr viel

detailliertere Darstellung dieses schicksalhaften Tages zu, als sie bisher möglich war. Der 54-jährige Schulleiter Hentschel aus Aue hat ihn offensichtlich kurze Zeit nach dem Überfall verfasst. Die folgende Darstellung beruht sowohl auf den bereits bekannten Quellen als auch auf dem neu entdeckten Text.

Der Überfall

Der 9. März 1933 war ein sonniger, aber recht windiger Frühlingstag. Für den Nachmittag war eine Plenarsitzung anberaumt, um über die Auflösung des Landtags zu beraten, denn die Reichstagswahlen am Sonntag zuvor hatten die Machtverhältnisse in Deutschland grundlegend verändert. Gegen 10:00 Uhr waren die Abgeordneten in ihren Fraktionen eingetroffen, um die Lage zu besprechen. Um 11:30 Uhr tagte der Ältestenrat und beschloss, aufgrund der prekären Sicherheitslage an diesem Tag keine Sitzung stattfinden zu lassen. Kurz vor 11 Uhr fuhren auf dem Schlossplatz Gauleiter Martin Mutschmann und seine Truppen auf und betraten den Landtag. Das Gebäude wurde von Hilfspolizei umstellt. Das erste Opfer der SA-Männer war der Abgeordnete Emil Fischer. Dieser war kurze Zeit zuvor aus der NSDAP ausgetreten. Auf der Suche nach ihm traten die SA-Leute mehrere Türen ein. Als sie ihn endlich im Erfrischungsräum fanden, jagten sie ihn »wie Freiwild« (Hentschel) über die Gänge und durch mehrere Zimmer des

Gebäudes. Er schrie um Hilfe und versuchte immer wieder die Türen zuzuhalten, wurde aber schließlich überwältigt und brutal zusammengeschlagen.

Anschließend trieben die Truppen die Parlamentarier der SPD-Fraktion über das Vestibül aus dem Landtag. Aus Angst vor einer Eskalation der Gewalt hatten einige Fraktionsmitglieder ihre Waffen, die sie offensichtlich zum Selbstschutz mitgeführt, dem Landtagsdirektor übergeben. Nun mussten die Abgeordneten durch ein Spalier von etwa 30 SA-Männern fliehen, welche mit Schulterriemen auf die Köpfe der Abgeordneten einschlugen. Dem Fraktionsmitglied Karl Gerlach wurde der Schädel eingeschlagen und er blieb vor dem Haupteingang in einer Blutlache liegen. Der Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion, Karl Böchel, wurde geschlagen, versuchte in Richtung Aufzug zu fliehen, wo man ihn jedoch einholte und ihm »derartig auf den Leib trat, dass ihm das Blut aus dem Mund stürzte«, wie Hentschel berichtet. Auch ein Redakteur der »Sächsisch-Böhmischen Korrespondenz«, Dr. Otto Bandmann, wurde auf der Treppe von einem SA-Trupp mit der Waffe bedroht, aufgrund seiner jüdischen Wurzeln heftig beleidigt, drangsaliert und gewürgt. Erst ein Einschreiten des inzwischen in den Landtag geeilten SA-Führers Manfred von Killinger, dem kurz



// Das Dresdner Ständehaus während des Nationalsozialismus. //
Foto: Walter Möbius (Deutsche Fotothek)

zuvor vom Reichskanzler die Macht in Sachsen übertragen worden war, verhinderte Schlimmeres, wie Bandmann in seiner Anzeige schreibt. Offensichtlich hatte von Killinger von Mutschmanns Plänen erfahren, ihn zurückgepiffen und ihm klargemacht, dass er selbst nun in Sachsen das Sagen hatte.

Max Hentschel, der von den Überfällen im Detail erst später erfuhr, war gegen 13 Uhr mit- samt seiner Fraktion der Mittelstandspartei mit gezücktem Revolver aus dem Landtagsgebäude geflohen. In den Zeitungen ist über den Überfall auf den Landtag nichts zu finden. Kritische Zeitungen waren bereits verboten. Bei den übrigen Blättern bestand entweder kein Interesse, über den Gewaltakt zu berichten, oder die Angst, ebenfalls ein Publikationsverbot zu riskieren, war bereits zu groß. Der Landtagspräsident August Eckardt erstattete eini-

ge Tage später Anzeige gegen unbekannt – allerdings ohne weitere Folgen.

Wie konnte es so weit kommen?

Ein kurzer Rückblick hilft, die Ereignisse, von denen Hentschel berichtet, einzuordnen. Am 30. Januar 1933 war Adolf Hitler das Amt des Reichskanzlers übertragen worden. Doch damit war die Macht noch lange nicht in den Händen der Nationalsozialisten. Die Strukturen der ersten deutschen Demokratie mussten erst planmäßig sabotiert und zerstört werden. Rund einen Monat nach der Machtübertragung brannte das Berliner Reichstagsgebäude. Dieses Ereignis nutzten die Nationalsozialisten nicht nur, um die Kommunisten, die man der Tat bezichtigte, zu verfolgen und ihre Mitglieder in

»Schutzhaft« zu nehmen, sondern auch, um mit einer Verordnung zum Schutz von Volk und Staat damit zu beginnen, die Grundrechte der Weimarer Verfassung auszuhebeln.

Im sächsischen Landtag hatte man nun die Befürchtung, auch das Landtagsgebäude sei nicht mehr sicher, und so wurden unmittelbar nach dem Reichstagsbrand die Sicherungsmaßnahmen verstärkt. Gefahr aber drohte nicht von links, sondern von rechts. Am 5. März hatten die Nationalsozialisten bei den Reichstagswahlen erstmals eine relative Mehrheit erlangt. Jetzt wollten sie ihre neu gewonnene Macht demonstrieren. Da der NSDAP für eine Auflösung des Landtags in Sachsen eine Mehrheit fehlte, stand zu befürchten, dass sie die Macht auf anderem Wege erlangen wollten. Ministerpräsident Walter Schieck war daher am 8. März nach Berlin

gefahren, um zu retten, was noch zu retten war – erfolglos. Hitler setzte seinen Willen durch. Der Ministerpräsident sei zusammengebrochen und resigniert nach Dresden zurückgekehrt, so heißt es bei Hentschel. Die sächsische Regierung wurde entmachtet. Bereits am Tag zuvor hatten die Nationalsozialisten befohlen, auf allen öffentlichen Gebäuden im ganzen Land die Hakenkreuzfahne hissen zu lassen. Wie fast überall waren sie auch im Landtag auf Widerstand gestoßen, hatten sich aber unter Androhung von Gewalt durchgesetzt. Der Landtagspräsident hatte zunächst nur ein Hisen der Landesfahne erlaubt, schließlich aber seinen Widerstand aufgegeben.

Allerdings entbrannte innerhalb der NSDAP in Sachsen ein Streit darüber, welche Maßnahmen nun weiter zu ergreifen seien. Während der neue starke Mann in Sachsen, Manfred von Killinger, eine geordnete Machtübernahme wünschte, wollte der Plauener Gauleiter Mutschmann kurzen Prozess machen und »den sächsischen Landtag ausräumen«, wie Hentschel berichtet.

Gleichgeschaltet und ohne die Abgeordneten, die bereits in Haft saßen, trat der Landtag nach dem Überfall noch dreimal zusammen. Am 14. Oktober 1933 wurde er aufgelöst. Den Abgeordneten und Augenzeugen Max Hentschel scheinen die Ereignisse tief bewegt zu haben: »Es war ein erschütternder Anblick in einem Hause, in dem die Immunität eines jeden Abgeordneten durch die Verfassung gesichert und als heiligstes parlamentarisches Recht anerkannt war.«





Ausstellung »Neue Bahnen.2015«

Vom 23. Juli bis 19. August wird im Bürgerfoyer des Sächsischen Landtags die Ausstellung »Neue Bahnen.2015« gezeigt, die von den Künstlerinnen der GEDOK (Gemeinschaft Deutscher und Oesterreichischer Künstlerinnen und Kunstförderer) der Regionalgruppen Leipzig/Sachsen und Bonn und der Fachgruppe Bildende Kunst in Kooperation mit dem Sächsischen Landesfrauenrat entstand. Mit dem Titel »Neue Bahnen.2015« wollen die Künstlerinnen an die Gründung des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins vor 150 Jahren in Leipzig, an die Herausgabe der ersten gesamtdeutschen Frauenzeitschrift »Neue Bahnen« sowie an deren Herausgeberinnen Louise Otto-Peters und Auguste Schmidt erinnern. Die Ausstellung vereint 75 künstlerische und drei literarische Werke von 30 bildenden Künstlerinnen aus Bonn sowie 17 bildenden Künstlerinnen, einer Kunsthandwerkerin und drei Schriftstellerinnen aus Leipzig, die mit unterschiedlichen Techniken wie Malerei, Grafik, Zeichnung, Fotografie, Skulpturen, Installationen oder textlich das Thema interpretierten. Die Ausstellungseröffnung fand am 22. Juli um 18:00 Uhr im Bürgerfoyer des Landtags statt.

Landtagspräsident erneut zum Präsidenten des Kuratoriums »Tag der Sachsen« gewählt

Das Kuratorium »Tag der Sachsen« hat in seiner Sitzung am 22. Juni den Präsidenten des Sächsischen Landtags, Dr. Matthias Rößler, erneut zum Präsidenten des Kuratoriums »Tag der Sachsen« gewählt. Rößler hatte das Amt bereits seit 2010 inne. Die neue Amtszeit beträgt wiederum fünf Jahre.

Zum Ersten Vizepräsidenten wurde auf Vorschlag der kommunalen Spitzenverbände der Oberbürgermeister der Stadt Oschatz, Andreas Kretschmar, gewählt.

Das Kuratorium »Tag der Sachsen« ist ideeller Träger des größten Volks- und Vereinsfestes im Freistaat Sachsen, das seit 1992 jedes Jahr am ersten Septemberwochenende ausgerichtet wird. Im Kuratorium arbeiten derzeit 85 sächsische Vereine und Verbände mit.

Der 24. »Tag der Sachsen« findet vom 4. bis 6. September 2015 in Wurzen statt.

www.landtag.sachsen.de/de/aktuelles/index.aspx



SERVICE

Abs.: SDV – Die Medien AG, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden,
PVSt. – AG, Entgelt bezahlt, F 13058

Plenarsitzungen des Sächsischen Landtags

16. – 17.09.2015
Beginn jeweils 10:00 Uhr

Weitere Plenarsitzungen
finden wie folgt statt:

07.–08.10.2015
19.–20.11.2015
16.–17.12.2015

Der Sächsische Landtag überträgt die Plenarsitzungen live als Videostream auf der Internetseite www.landtag.sachsen.de.

Auch die Tagesordnungen, die Wortprotokolle und die Videoaufzeichnungen finden Sie in unserem Internetauftritt. Weiterhin werden die aktuellen Debatten der Plenarsitzungen auch im Regional-

fernsehen ausgestrahlt. Nähere Informationen entnehmen Sie bitte dem Programm Ihres Senders. Im MDR-Radio werden die Landtagsdebatten zudem live und digital auf DAB+ auf dem Kanal MDR SACHSEN EXTRA übertragen. Weitere Informationen erhalten Sie unter www.mdr.de.



Weitere Informationen des Sächsischen Landtags

Fraktionen

CDU
Tel. 0351 493-5555
DIE LINKE
Tel. 0351 493-5800
SPD
Tel. 0351 493-5700
AfD
Tel. 0351 493-4201
GRÜNE
Tel. 0351 493-4800

Publikationsbestellung und Leserbriefe

Sächsischer Landtag
Veranstaltungen,
Besucherdienst und
Publikationen
Bernhard-von-
Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Tel. 0351 493-5133
info@slt.sachsen.de
www.landtag.sachsen.de

Besucherdienst

Anmeldungen für die
Besucherbetreuung
und den Besuch von
Plenarsitzungen erfolgen
unter Tel. 0351 493-5131.

Bürgerfoyer

Öffnungszeiten:
Montag bis Freitag von
10:00 bis 18:00 Uhr;
an Wochenenden und
Feiertagen geschlossen.

CHIAVERI – Restaurant im Sächsischen Landtag

Öffnungszeiten:
täglich von 11:00 Uhr
bis 23:00 Uhr
Tel. 0351 496-0399

Kein Zugang für elektronisch
signierte sowie verschlüsselte
elektronische Dokumente.

Eine elektronische Version
des Landtagskuriers finden
Sie unter
[www.landtag.sachsen.de/
Aktuelles/Landtagskurier](http://www.landtag.sachsen.de/Aktuelles/Landtagskurier).

Die Beiträge der Gast-
autoren geben nicht
zwangsläufig die Meinung
der Redaktion wieder.

Diese Publikation wird vom
Sächsischen Landtag im
Rahmen der parlamentari-
schen Öffentlichkeitsarbeit
herausgegeben. Die Abgabe
erfolgt kostenfrei. Eine
Verwendung für die eigene
Öffentlichkeitsarbeit von
Parteien, Fraktionen,
Mandatsträgern oder Wahl-
bewerbern – insbesondere
zum Zwecke der Wahl-
werbung – ist unzulässig,
ebenso die entgeltliche
Weitergabe der Publikation.

Impressum Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Dr. Matthias Rößler vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Hans-Peter Maier, Sächsischer Landtag | Redakteur: Uwe Nösner, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Katja Ciesluk, Martina Findeisen, Thomas Gey, Falk Hentschel, Heiner Ridder (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.) | Textbearbeitung und Gestaltung: Ö GRAFIK, Wittenberger Straße 114 A, 01277 Dresden | Druck und Vertrieb: SDV – Die Medien AG, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden | Redaktionsschluss: 10.07.2015

Gastautoren: Janosch Pastewka, TU Dresden, Philosophische Fakultät, Institut für Geschichte, Lehrstuhl für Sächsische Landesgeschichte, 01062 Dresden; Clara Herrmann (Sächsischer Landtag); Prof. em. Dr. Eckhard Jesse, 09627 Bobritzsch